

Mainz, 24.01.2014

Antrag **0309/2012/1 zur Sitzung Stadtrat am 28.03.2012**

Jugendbeirat für Mainz (CDU)

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner letzten Sitzung am 8. März 2012 einstimmig den Beschluss gefasst, ein Konzept zu entwickeln, wie dauerhaft eine stärkere Beteiligung von Jugendlichen an den Entscheidungsprozessen in der Stadt Mainz erreicht werden kann.

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird gebeten,
 - a) alle bereits in Mainz vorhandenen Formen und alle möglichen Formen einer effektiven Jugendbeteiligung darzustellen und dabei unter anderem auch auf die Ergebnisse der Partizipationstagung des Landes am 16. April 2007 zurückzugreifen.
 - b) bei der inhaltlichen Erarbeitung insbesondere darzustellen, welche Rechte und Kompetenzen ein Jugendbeirat bzw. ein Jugendparlament hat, welche Kosten entstehen bzw. wie diese Vertretung finanziert werden kann
 - c) bei der Konzeptentwicklung auf die Erfahrungen anderer Städte zurückzugreifen, in denen bereits ein solches Gremium existiert. Beispiele hierfür sind etwa Koblenz oder Neuwied.
 - d) die ersten Stellungnahmen aus der Enquetekommission Bürgerbeteiligung des Landes mit zu berücksichtigen, die gerade aktuell unter anderem verschiedene Formen der Jugendbeteiligung diskutiert (vgl. hierzu die öffentliche Anhörung am 27.1.2012).
 - e) bei der Erstellung des Konzepts die Wünsche und Anregungen von Jugendlichen, etwa von den Jugendverbänden, dem Stadtjugendring, den Schülervertretungen sowie den Initiatoren des Jugendbeirats und den weiteren im Projekt „jung bewegt“ engagierten Jugendlichen, mit einzubeziehen.
2. Über den Stand der Konzeptentwicklung ist der zuständige Jugendhilfeausschuss, aber auch der Finanzausschuss zeitnah und regelmäßig zu informieren.

Begründung:

Eine nähere Begründung erfolgt mündlich.

Dr. Andrea Litzenburger
Fraktionsvorsitzende